

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

20.1.1912 (No. 19)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 19

Samstag, den 20. Januar 1912

155. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrichstraße Nr. 14 (Fernsprech-
ansicht Nr. 154), wofür auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P,
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einzugsgebühr: die 6 mal gespaltene Beilage oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
gaben Sich unter dem 10. Januar 1912 gnädigst bewo-
gen gefunden, dem königlichen Oberstleutnant von Berg-
mann, Abteilungschef im Kriegsministerium, das Kom-
mandeurkreuz zweiter Klasse höchstzweites Ordens vom
Bähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben Sich unter dem 10. Januar 1912 gnädigst bewo-
gen gefunden, dem Regierungsrat Ludwig Janzer, bis-
her bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, das
Ritterkreuz erster Klasse höchstzweites Ordens vom Bäh-
ringer Löwen zu verleihen.

Vom Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und
des Auswärtigen ist unterm 4. Januar 1912 Rechtsan-
walt Friedrich Fischer in Philippsburg gleichzeitig beim
Landgericht Karlsruhe mit dem Wohnsitz in Philipps-
burg zugelassen worden.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern
vom 13. Januar 1912 wurde der etatmäßige Aktuar
Gugo Niebergall beim Schiedsgericht für Arbeiterver-
sicherung in Freiburg auf Ansuchen entlassen.

Gestorben:

Am 9. Dezember 1911 Rudolf Kern, evangelischer Pfar-
rer a. D. von Planfeld.

Am 12. Januar 1912: Oberstationskontrollleur Joseph
Lehmann in Schiltach.

Die Befetzung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung
in Freiburg betr.

An Stelle des Regierungsassessors Erwin Gündert
wurde mit Wirkung vom 1. Februar 1912 Regierungss-
assessor Ludwig Ganzelmüller zum ständigen stellvertre-
tenden Vorsitzenden des Schiedsgerichts für Arbeiterver-
sicherung in Freiburg ernannt.

Karlsruhe, den 16. Januar 1912.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Glo d n e r.

Dr. v. Bayer.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Zu den Reichstagswahlen.

Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ schreibt: Von hoch-
geschätzter Seite erhalten wir folgende Zuschrift: Die
Bemühungen, die bürgerlichen Parteien zur Abwehr der
Sozialdemokratie zu einigen, sind gescheitert. Die Hoff-
nung, daß der Ernst der Zeit, durch die Deutschland geht,
die vom Wahlkampf erhitzten Köpfe überall zu ruhiger
Überlegung bringen würde, hat sich nicht erfüllt. Die
Fortschrittliche Volkspartei gibt heute die Parole aus:
Keine Stimme für ein Mitglied des Zentrums oder der
Reichspartei! Während die nationalliberale Partei ihren
Landesorganisationen Stichwahlabkommen vorbehält;
während Konservative und Zentrum gar da Stimment-
haltung empfehlen, wo ein Sonderabkommen unter ein-
zelnen Wahlkreisen nicht zu erreichen ist, wird hier aus-
drücklich ein Verbot erlassen, die nicht-liberalen bürger-
lichen Parteien im Kampfe gegen die Sozialdemokratie
zu unterstützen! Als Ziel wird ausgestellt: Zertrümme-
rung des schwarz-blauen Blocks um jeden Preis! Die
Zertrümmerung zu erzielen, mag vom Standpunkt des
entschiedenen Liberalismus aus berechtigt sein, aber doch
nur dann, wenn nach Erreichung des Zieles die Mög-
lichkeit gegeben ist, eine wirklich liberale Politik mit
praktischen Ergebnissen zu treiben. Kann man an diese
Möglichkeit glauben, wenn im Reich der Großblock
etabliert wird — und darauf geht die fortschrittliche
Parole im Endergebnis hinaus — der Großblock in
seiner Zusammensetzung, bei welcher die Sozialdemo-
kratie so stark ist, wie die beiden liberalen Parteien?
Unter Führung der Sozialdemokratie und in Abhängig-
keit von ihr liberale Forderungen zu betreiben, das ist

ein Unternehmen, bei dem für den Liberalismus schließ-
lich nichts mehr abfallen wird, als für die Krähe, die mit
dem Fuchs zusammen zur Jagd auszieht. Was würden
die alten Führer der Fortschrittlichen Volkspartei zu
solchen Verbindungen sagen, und wie steht sie im einzel-
nen mit dem Wahlausruf für den fortschrittlichen Führer
Herrn Kämpf, in dem die Sozialdemokratie als Todfeind
des heutigen Staats bezeichnet und ihr vorgeworfen
wird, daß sie die Grundsätze der bürgerlichen Freiheit
durch Verdrückung und Terrorisierung Andersdenkender
verlezt? Aus diesem Wahlausruf spricht gesunde Vernunft.
Noch vermögen wir die Hoffnung nicht aufzu-
geben, daß die gesunde Vernunft auch im Lande stärker
sein wird, als blindwütiger Parteihass, und daß der
pflichtbewußte Wähler sich nicht fragen wird: Wem schade
ich am meisten durch meinen Stimmzettel? Sondern:
Wie diene ich am besten meinem Vaterlande? Die Zu-
kunft wird uns mit besonderem Nachdruck diese Frage
stellen, und wer nicht entschlossen ist, von ihr alle klein-
lichen Eigeninteressen zurückdrängen zu lassen, dem wird
auf die Dauer das deutsche Volk nicht eine maßgebende
Stimme in seiner Vertretung lassen. Das deutsche Volk
braucht vor allem für seinen starken Arm und kluge
Köpfe Freiheit zu nutzbringender Arbeit. Darum wird
es sich nicht wehrlos machen gegen seine wirtschaftlichen
und militärischen Gegner. Die Politik der Sozialdemo-
kratie aber führt zur Wehrlosigkeit und zur Unfreiheit.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Wir haben im bis-
herigen Verlaufe des Wahlkampfes immer von neuem
auf die praktischen Aufgaben hingewiesen, die der neue
Reichstag zu erledigen haben wird; auf die besonnene
Fortführung der Sozialpolitik, auf den Schutz der nation-
alen Arbeit, vor allem durch Stärkung unserer Wehr-
macht zu Wasser und zu Lande. Wir haben dabei hervor-
gehoben, daß die Sozialdemokratie zur Grundlage ihrer
Sozialpolitik den Klassenkampf macht, der den Frieden
im Lande vernichtet, daß sie unsere Wirtschaftspolitik,
die unsere nationale Arbeit hochgebracht hat, mit allen Mit-
teln bekämpft, und daß sie in ihrer antinationalen Poli-
tik dem Reiche bisher alle Mittel versagt hat. Wir ha-
ben an das Gewissen der Wähler appelliert, Front zu
machen gegen eine Partei, die sich selbst als Todfeind der
bürgerlichen Gesellschaft und als grimmiger Gegner der
Monarchie bezeichnet. Trotz der Erfolge, welche die So-
zialdemokratie bei der Hauptwahl erzielt hat, blieb es
möglich, sie durch ein Zusammengehen der bürgerlichen
Parteien bei den Stichwahlen in Schranken zu halten.
Die parteitaktischen Erwägungen, die eine Einigung der
bürgerlichen Parteien scheitern ließen und die parteitakti-
schen Folgerungen, die daraus gezogen worden sind, än-
dern nichts an den Aufgaben, die dem neuen Reichstage
obliegen werden, deren Lösung das deutsche Volk trotz
aller Parteiverheugung und Parteiverbitterung von seinen
Vertretern verlangen wird und an deren Lösung mitzu-
arbeiten die Sozialdemokratie unfähig ist. Deshalb
bleibt der Kampf gegen die Sozialdemokratie Pflicht
aller Wähler, die in erster Stunde um die Zukunft der
Nation besorgt sind.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt ferner: Der Reichs-
kanzler hat es für seine Pflicht gehalten, gemäß den von
uns veröffentlichten Kundgebungen noch einen Versuch
zu machen, um eine Verständigung unter den bürgerlichen
Parteien auf der Grundlage gegenseitiger Unterstützung
bei den Stichwahlen gegen die sozialdemokratischen Kan-
didaten herbeizuführen. Der Versuch ist gescheitert.
Schon bei der Vorbesprechung ergab sich, daß die libera-
len Parteileiter nicht bereit waren, an einer Konferenz
teilzunehmen, in der eine allgemeine Vereinbarung auf
der erwähnten Basis erörtert werden sollte. Freisinnige
Blätter stellen es so dar, als ob der Beweggrund für das
Bestreben, die gemeinsamen Interessen der bürgerlichen
Parteien bei den Stichwahlen gegenüber der Sozialdemo-
kratie zur Geltung zu bringen, in der Erhaltung der
sogenannten schwarz-blauen Mehrheit läge. Schon nach
dem Ergebnis der Hauptwahl vom 12. Januar mit seiner
großen Verstärkung der Sozialdemokratie sind jedoch so
beträchtliche Verschiebungen in den Parteiverhältnissen
erkennbar, daß man nun endlich das Schreckbild des so-
genannten schwarz-blauen Blocks in die Ecke stellen sollte.
Was in Wirklichkeit den Reichskanzler — wie überhaupt
jeden Politiker, der den sicheren Gang der Reichsgeschäfte
fördern will — bestimmen muß, jeder Begünstigung der
Sozialdemokratie entgegenzuwirken, ist nicht die Rück-

sicht auf diese beiden Gruppierungen der bürgerlichen
Parteien, sondern der Gegensatz, in dem die Lehren und
das Treiben der sozialdemokratischen Partei zu den be-
stehenden verfassungsmäßigen Zuständen, zu Staat und
Gesellschaft stehen. Wer daher, um der vermeintlichen
Gefahr einer Abhängigkeit der Regierung von einer
schwarz-blauen Mehrheit willen die Bevorzugung der
sozialdemokratischen Kandidaten bei den Stichwahlen
empfehlen, macht sich der Zerstörung liberaler Wähler
schuldig. Trotz des Scheiterns einer Einigung der Vor-
stände der bürgerlichen Parteien und trotz der vom Aus-
schuß der Fortschrittlichen Volkspartei heute ausgegebenen
Losung gegen jede Unterstützung von Stichwahl-
kandidaten der Rechten und des Zentrums — also Mit-
wirkung zugunsten der Sozialdemokratie — wiederholen
wir unsere Forderung an jeden nationalgesinnten, staats-
und königstreuen Wähler, in allen Fällen seine Stimme
gegen den Kandidaten der Sozialdemokratie abzugeben.

Nationalliberale und der Bund der Landwirte in
Württemberg leisten sich gegenseitig Stichwahlhilfe in
den Kreisen Heilbronn, Eßlingen und Böblingen gegen
die Sozialdemokratie.

Zwischen den Parteileitungen der Deutschen Reichs-
partei und der Nationalliberalen Partei wurden Verein-
barungen getroffen, daß sich beide Parteien in den nach-
stehenden Wahlkreisen gegenseitige Stichwahlhilfe leisten:
in der Provinz Sachsen: in Mansfeld, Bitterfeld, Sanger-
hausen, Neuhalbensleben, Halberstadt und Torgau;
in der Provinz Brandenburg: in Frankfurt-Rebus,
Guben-Lübben, Sorau-Forst, Cottbus-Spremberg, Zülit-
hof-Rauch-Beitz, Potsdam-Dshabelland, Westpreignitz.
Die von dem geschäftsführenden Ausschusse der Fort-
schrittlichen Volkspartei ausgegebene Wahlparole hat die
Leitung der Reichspartei veranlaßt, ihre Parteigenossen
zu ersuchen, keinen in der engeren Wahl stehenden Kan-
didaten der Fortschrittlichen Volkspartei zu unterstützen.

Das Zentralkomitee der badischen Zentrumspartei er-
läßt an die Zentrumswähler im 10. und 12. Reichstags-
wahlkreis folgende Aufforderung: „Zentrumswähler in
Baden können für einen Angehörigen der Sozialdemo-
kratie ihre Stimme nicht abgeben, aber auch nicht ein-
treten für einen Freund des Großblocks. Das Zentral-
komitee empfiehlt deshalb den Zentrumswählern der
Wahlkreise Karlsruhe-Bruchsal und Heidelberg-Mosbach
im Stichwahlkampfe zwischen Kandidaten der Sozial-
demokratie und des liberalen Blocks Wahlenthaltung.“

In einer Erklärung der Deutschen Reichspartei Frei-
burg zur Stichwahl heißt es u. a.: „Aus der Hauptwahl
sind im 6. badischen Wahlkreise die Kandidaten des
Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei als Sie-
ger hervorgegangen. Die Entscheidung bei der Stich-
wahl wird von dem Verhalten der Sozialdemokraten ab-
hängen. Diese fordern oder sehen es als selbstverständ-
lich voraus, daß der betreffende Kandidat als Preis für
ihre Stimmen sich der bekannten sozialdemokratischen
Zenoer Stichwahlparole unterwirft. Von ihr erklärte
seinerzeit das Berliner Zentralorgan der nationallibe-
ralen Partei, daß ein derart gebundenes Mandat als
nicht nur mit dem Geist und dem Buchstaben der Ver-
fassung in Widerspruch stehe, sondern auch mit der Ehre
und der Vertrauensstellung eines Abgeordneten unver-
einbar sei. Während Herr Hauser (Zentr.) auf unsere
Frage, ob er die sozialdemokratischen Bedingungen an-
zunehmen bereit sei, antwortete, daß er sie selbstverständ-
lich ablehnen würde, hat Herr v. Schulze-Gävernitz (lib.),
trotzdem wir den Termin für die Beantwortung der
Frage zu seinen Gunsten hinausgeschoben, einer bestimm-
ten Antwort durch Hinhalten bisher auszuweichen ge-
sucht. Dieses Zögern mit einem offenen „Ja“ oder
„Nein“ zu antworten, ist bezeichnend für die schwächliche
Galtung der Volkspartei, welche ihr Liebeswerben bei
dem roten Freunde dauernd fortsetzt, obgleich sie bisher
so schön von ihm behandelt wird. Kann ein Abgeord-
neter, der mit so gebundener Marschrouten in den Reichs-
tag einzieht, gegen den unerträglichen Terrorismus der
Sozialdemokratie ankämpfen? Kann er ein Gesetz zum
Schutze der Arbeitswilligen mit schaffen helfen? Die
liberal-demokratische Hebe gegen die Reichsfinanzreform,
der liberale Schlachtruf: „Der Feind steht rechts!“ und
die Großblockpolitik haben bei der Hauptwahl im ganzen
Reich eine gewaltige Stärkung der Sozialdemokratie
und — mit Ausnahme des Zentrums — für alle bürger-

lichen Parteien erhebliche Verluste herbeigeführt. Gegen eine Fortsetzung der Politik, welche dazu dient, das Bürgertum in Abhängigkeit von Sozialdemokraten zu bringen, legen wir entschiedenen Protest ein. Im übrigen stellen wir, ohne die Abstimmung bei der Stichwahl zu einer Frage der Parteizugehörigkeit zu machen, unseren Mitgliedern und Freunden anheim, so zu handeln, wie sie es für das Wohl des Vaterlandes am richtigsten halten."

Die am Mittwoch, 17. Januar in Karlsruhe außerordentlich zahlreich versammelten Vertrauensmänner der Konservativen Partei des Wahlkreises Karlsruhe-Bruchsal nahmen mit Einstimmigkeit folgende Entschliessung für die Stichwahl an: Im Hinblick auf die im ganzen Wahlkampfe seitens der Demokraten in Wort und Schrift vertretenen politischen und wirtschaftlichen Anschauungen richten die Vertrauensmänner der Konservativen Partei des Wahlkreises Karlsruhe-Bruchsal unter Billigung der Parteileitung die dringende Aufforderung an die konservativen Wähler des Freiherren von Gemmingen, am 20. Januar strengste Wahlenthaltung zu üben.

Deutsches Reich.

Wie das Andenken Friedrichs des Großen in unserer Heere fortlebt.

Am 24. Januar sind 200 Jahre vergangen, seit König Friedrich der Große in Berlin zur Welt kam. Ihm gelang es durch seine für die damalige Zeit vorbildliche Taktik und Strategie, die er in einer entschlossenen Offensive nutzbar zu machen verstand, eine Welt in Waffen zu bekämpfen. Wenn auch die modernen Hilfsmittel der Technik gerade auf dem Gebiete der Kriegsführung bedeutende Umwälzungen hervorgerufen haben, die die Vergänglichkeit alles Irdischen bezeugen, so besteht doch auch noch heute in der Armee die muster-gültige Disziplin und die eiserne Selbstucht, auf Grund welcher der große König Preußens sein Heer zum ersten der Welt machte. Die Erinnerung an ihn und seine Schöpfungen sind noch heutigen Tages in manchem Truppenteile und in mancher Einrichtung unserer Heeres lebendig.

So war bereits 1740 das Feldjägerkorps zu Pferde in seinen Anfängen errichtet worden. Ursprünglich war es zu dem Zwecke aufgestellt, den selbständigen Heereskolonnen als Begleitter und Führer zu dienen, da das Kartenwesen auf einer sehr niedrigen Stufe stand. Bald jedoch wurde die Tätigkeit des Korps erweitert. Die Feldjäger fanden als Kurier im Hauptquartier und im Armees-Oberkommando Verwendung zur Überbringung wichtiger Meldungen, sowie als Fouriere, die zum König und zu den königlichen Prinzen zur Beschaffung geeigneter Quartiere kommandiert wurden, und schließlich als Leibjäger zu Pferde, um die Bedienung des Königs auf Reisen und Märchen zu übernehmen. Das von Friedrich dem Großen errichtete Feldjägerkorps zu Fuß, das anfänglich nur 83 Mann stark war, bis zum Tode des Königs aber zur Stärke eines Regiments von 10 Kompanien anwuchs, lebt noch heute im Gardejägerbataillon und im Ostpreussischen Jägerbataillon Nr. 1 weiter.

Die Kavallerie, deren Wichtigkeit Friedrich der Große für die damaligen Verhältnisse klar erkannt hatte, wenn sie die Schnelligkeit der Pferde zu wichtiger Attade auszunutzen verstand, wurde in bezug auf Ausbildung und Leistungsfähigkeit auf einen überraschend hohen Standpunkt gebracht. Von den heute noch vorhandenen Regimentern wurde das Regiment der Garde du Corps 1740 in der Stärke einer Eskadron aufgestellt und 1756 auf drei Eskadrons vermehrt. Die jetzige Leibhusarenbrigade (Leibhusarenregiment Nr. 1 und Nr. 2) leitet ihren Ursprung aus dem 1744 gegründeten Regiment von Ruesch "Schwarze Husaren" her. Ein durch den Obersten von Rukner neu geworbener Mannentorps, das aber schon 1742 in ein Husarenregiment umgewandelt wurde, ist als der Stamm des jetzigen Husarenregiments von Schill (1. Schlesischen) Nr. 4 anzusehen. Das 1758 geworbene Husarenregiment Belling lebt im jetzigen Husarenregiment Fürst Blücher von Wahlstatt (Pommerschen) Nr. 5 fort. Die Mannenregiment Nr. 1 und 2 stammen von dem von Friedrich dem Großen neu errichteten Posniakenkorps her.

Von den heute bestehenden Feldartillerieregimentern vermag das Feldartillerieregiment Prinz August von Preußen (1. litauisches) Nr. 1 seinen Ursprung auf das vom großen Könige 1772 errichtete Feldartillerieregiment Nr. 4 zurückzuführen.

Durch eine Kabinettsorder Friedrichs des Großen vom 25. Februar 1746 wurde ein besonderes Kriegsdepartement gebildet, das alle die Militärverwaltung betreffenden Angelegenheiten, mit Ausnahme der Remontierung, Bewaffnung und Bekleidung, zu bearbeiten hatte. Damit waren die ersten Ansätze zu einer dem heutigen Kriegsministerium entsprechenden Behörde gegeben. Dieses Kriegsdepartement war zunächst nur eine mit Zivilbeamten besetzte Behörde. Einzelnen Generalen wurde der Titel als „Kriegsminister“ verliehen, so zuerst 1760 dem General von Wedel.

Dem Generalstab hat Friedrich der Große eine nur verhältnismäßig geringe Aufmerksamkeit zuzuwenden; er war sein eigener Generalstabschef und traf seine Anordnungen selbst. Erst nach Beendigung des siebenjährigen Krieges wurden zunächst sechs, später zwölf Leutnants zu „Quartiermeisterleutnants“ bestimmt, deren Ausbildung sich der Königin bis an sein Lebensende mit Eifer widmete. 1765 wurde die Stelle des Quartiermeisters geschaffen. Der Bestand der Offiziere des Quartiermeisterstabes stieg bis auf 29.

Um das Andenken Friedrichs des Großen in der Armee auch für spätere Zeiten wachzuhalten, verlieh Kaiser Wilhelm II. am 27. Januar 1889 dem ältesten preussischen Infanterieregiment, dem in Maffenburg stehenden Grenadierregiment Nr. 4 den Namen seines großen Vorfahren, so daß es seitdem „Grenadierregiment König Friedrich der Große (3. Ostpreussisches) Nr. 4“ heißt.

Überblick.

Das Krönungs- und Ordensfest findet am Sonntag den 21. d. M. im königlichen Schloß zu Berlin statt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wendet sich gegen eine Zeitungsnachricht, wonach dem Reichstag bald nach seinem Zusammentritt ein Gesetzentwurf betreffend Schutz der Arbeitswilligen vorgelegt werden soll, um gewissermaßen die Probe zu machen, ob sich eine Mehrheit für nationale Aufgaben finden wird. Demgegenüber stellt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ fest, daß der Reichskanzler im Reichstag am 10. Dezember 1910

erklärt hat, daß er gleich dem Fürsten Bülow der Ansicht sei, daß Monarchie und Gesellschaft in der Lage seien, jeden Versuch des Umsturzes niederzuhalten und daß er keine Vorschläge zu Ausnahmegeetzen machen werde. Am 13. Dezember 1910 hat nach Staatssekretär Dr. Delbrück gegenüber dem Abg. Dr. Frank-Mannheim auf diese Ausführungen des Reichskanzlers hingewiesen und wiederholt bestätigt, daß Ausnahmegeetze nicht in Aussicht genommen sind. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, daß eine Änderung dieser Ansicht bei den maßgebenden Stellen nicht eingetreten sei.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der ersten Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses am 15. Januar kündigte der preussische Finanzminister u. a. die Erhöhung des Unterstützungsfonds für Beamte durch den Etatsentwurf für 1912 um 3 Millionen Mark an. Auch der Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1912 sieht eine erhebliche Verärgerung des Unterstützungsfonds für Beamte und Unteroffiziere vor. Wie in Preußen, besteht auch im Reiche die Absicht, schon für das Rechnungsjahr 1911 bei den Unterstützungsfonds im Wege der Etatsüberschreitung Mittel flüssig zu machen. Allerdings kann die Auszahlung der Mehrerträge erst erfolgen, nachdem sich die verbündeten Regierungen die Zustimmung des Reichstages vergewissert haben. Zu diesem Zwecke wird bei der Einbringung des Etats im Reichstage eine entsprechende Ankündigung gemacht werden. Daß vom Reichstag Widerspruch erhoben werden sollte, ist nicht anzunehmen. Es darf daher damit gerechnet werden, daß noch im Laufe dieses Rechnungsjahres die Mehrerträge an Unterstützungen an die Beamten usw. des Reiches zur Auszahlung kommen.

In der Sitzung des Bundesrats am Donnerstag wurde über die Vorlage betreffend den Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Türkei, über die Berichte betreffend das Ergebnis des Reichshaushaltsetats (Haushaltsübersichten) für das Rechnungsjahr 1908, die Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete für 1907 und 1908, die Übersichten der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes Kiautschou für 1907, 1908 und 1909, die Rechnungen der Kasse der königlich-preussischen Oberrechnungskammer und des Rechnungshofes des Deutschen Reichs für 1907, ferner über die Vorlage betreffend die Matrikularbeiträge für 1912, die Vorlage betreffend Verlegung von Orten in andere Klassen des Wohnungsgeldzuschutts Beschlüsse gefaßt.

Im Spionageprozeß Winogradoff und Cerno vor dem Reichsgericht wurde am Donnerstag nachmittag 2 Uhr das Urteil verkündet. Winogradoff erhielt wegen versuchten Betrags militärischer Geheimnisse drei Jahre Zuchthaus, Cerno wegen Verabredung zur Begehung von Landesverrat (§ 5 des Spionagegesetzes) drei Jahre Gefängnis. Beiden wurden fünf Monate Untersuchungshaft angedroht. Cerno hat sich gegenüber dem Vertreter des russischen Nachrichtenbureaus, der in Berlin wohnte, zur Lieferung geheimer militärischer Nachrichten aus Deutschland bereit erklärt. Er wurde nach Kiel geschickt und hielt sich dort über ein Jahr auf. Was er an Berichten sandte, waren lauter bekannte, nicht geheim gehaltene Dinge, die meist schon in deutschen Zeitungen gestanden haben oder seiner Phantasie entsprungen waren. Gegen ihn konnte nur der Tatbestand des § 5 festgesetzt werden. Winogradoff ist ein aktiver russischer Marineoffizier. Er war abgehandelt worden, um die Tätigkeit Cernos in Deutschland zu kontrollieren. Diese Gelegenheit benutzte er, selbst Beobachtungen zu machen, die er geeignetenfalls seiner Regierung mitteilen konnte. Er machte sich bezüglich der Befestigung Curhavens Zeichnungen, die er auf die Post gab, um sie fortzusenden. Hierin wurde der Versuch eines Verbrechens nach § 1 des Spionagegesetzes erkannt.

Der Arbeitsausschuß des zweiten deutschen Zuverlässigkeitsfluges am Ockersee 1912, der vom 12. bis 26. Mai stattfand, hat beschlossen, bei dem diesjährigen Überlandflug auch einen Wettbewerb zwischen Flugzeugen und Luftschiffen einzufügen. Verhandlungen hierüber sind eingeleitet.

Die in Deutschland eingeleitete Hilfsaktion ist in Blumenau in Südbrafilien mit großer Freude begrüßt worden, um so mehr, da infolge langanhaltenden Regens schon wieder ein erhebliches Steigen der Gewässer stattgefunden hat. Die Straßen Blumenaus sind wieder zum großen Teil unter Wasser gesetzt, und wiederum sind Saaten, wie Mais und andere Feldfrüchte vernichtet, so daß der Schaden sich noch erheblich vergrößert hat. Die Mittel, welche bisher bei dem Komitee eingegangen sind, genügen bei weitem nicht, um den schwer geschädigten Landseuten Hilfe zu bringen. Weitere Gaben werden deshalb dringend erbeten. Das Bureau befindet sich Berlin NW., Mosenstr. 10.

Abfertelegramme zu halber Gebühr können fortan auch mit ganz China, mit Kuba und mit den Seychellen ausgetauscht werden.

Ausland.

Revolutionäre Kämpfe und konstitutionelle Reformbestrebungen in China.

Peking, 19. Jan. Drei von den des Bombenanschlags auf Yuanjichai beschuldigten Personen sind heute durch den Strang hingerichtet worden.

Kiadta, 19. Jan. Auf die Aufforderung der Mongolen verließ der oberste chinesische Beamte in Ulschutai freiwillig seinen Posten. Die chinesische Garnison hat ihre Waffen aus-

geliefert. Die ihres Amtes enthobenen chinesischen Beamten fanden vorläufig Zuflucht bei den chinesischen Handelsfirmen. Ihre Abreise in die Heimat ist jetzt im Winter infolge Mangels an Transportmitteln sehr erschwert.

London, 19. Jan. Die „Times“ melden aus Peking von gestern: Gestern fand im Palast eine Konferenz von acht Mongolenfürsten der engeren Mongolei und den Prinzen der kaiserlichen Familie statt, um das Verfahren der Abdankung zu erörtern. Mit einer einzigen Ausnahme waren alle Anwesenden mit dem vorgelegten Programm einverstanden. Über das Programm war zwischen den Parteien ein Einverständnis erzielt worden. Darnach werden zwei Edikte erlassen. In einem Edikt soll Yuanjichai Vollmacht erhalten, eine republikanische Regierung zu errichten. Yuanjichai wird annehmen. Die Konferenz der Delegierten aus 17 Provinzen, die jetzt in Nanjing versammelt ist, wird ihn zum Präsidenten wählen, während Dr. Sunyatsen zurücktritt. Yuanjichai wird die Präsidentschaft annehmen und danach wird der Thron in einem zweiten Edikt abdanken. Nach der Abdankung wird Sunyatsen nach Peking gehen, um mit Yuanjichai über die Bildung der neuen Regierung zu beraten. Die republikanischen Führer sind bereit, dem Kaiser nach seiner Abdankung den Titel „Kaiser der Mandchus“, nicht aber den Titel „Kaiser von China“ zu lassen. Yuanjichai hat an dieser Konferenz nicht teilgenommen, er wird auch bei der morgigen Konferenz nicht anwesend sein. Yuanjichai beantragt, dem Hofe Pensionen in einer Gesamthöhe von 5 Millionen Taels jährlich zu gewähren. Besondere Ehren sollen der Kaiserin-Witwe erwiesen werden, da sie die Witwe Kwanghüis ist, des ersten Reformers unter den chinesischen Kaisern.

Auslandüberblick.

Paris, 19. Jan. Ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten Fallières beschloß auf Vorschlag der Minister des Äußern, der Finanzen und des Krieges, eine interministerielle Kommission einzusetzen, die die Aufgabe haben soll, die Bedingungen für die Einrichtung des Protektorates in Marokko festzustellen. Die Kommission wird im Ministerium des Äußern unter Vorsitz des französischen Gesandten in Tanger tagen. Ministerpräsident Poincaré hat, wie er im Ministerrat mitteilte, dem französischen Botschafter in Rom die Weisung erteilt, mit Berufung auf die Reichsliste und den Wortlaut der Verträge die Freilassung des Postdampfers „Carthage“ unter Wahrung etwaiger Ansprüche der Beteiligten zu fordern.

Paris, 19. Jan. In der Senatskommission zur Beratung des deutsch-französischen Abkommens gab Ministerpräsident Poincaré dem Wunsch der Regierung Ausdruck, daß das Abkommen so bald als möglich ratifiziert werden möge. Der Ministerpräsident setzte auseinander, welche Mittel und Wege notwendig seien, um den Vertrag in Wirkung zu setzen, unter welchen Bedingungen das französische Protektorat über Marokko errichtet werden müßte, und welche Aufgaben sich daraus ergeben würden. In Beantwortung verschiedener Fragen aus der Kommission erklärte Poincaré, der Standpunkt Frankreichs hinsichtlich des Vorkaufsrechts auf Belgisch-Kongo sei unverändert. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Verhandlungen mit Spanien in nicht ferner Zeit beendet sein würden und durch einen für beide Länder annehmbaren und befriedigenden Vertrag ihren Abschluß finden.

Paris, 19. Jan. Die interparlamentarische Gruppe für den Schiedspruch hat beschlossen, bei der Regierung vorstellig zu werden, um sie auf den Nutzen hinzuweisen, der Frankreich daraus erwachsen würde, wenn es zwischen der Türkei und Italien vermitteln würde, um dem Krieg ein Ende zu machen.

Brüssel, 19. Jan. In der gestrigen Sitzung der Kammer kam es zu einem heftigen Zwischenfall. Seit Dienstag verhandelt die Kammer einige sozialistische Interpellationen über die Lebensmittelpreiserhöhung. Der Sozialist Banters hatte nun behauptet, daß die belgischen Agrarier künstlich die Preise für Lebensmittel in die Höhe trieben, um den Landwirten größere Verdienste zu verschaffen. In der Sitzung antwortete der liberale Deputierte Debus de Warnaffe, die sozialistischen Führer bereicherten sich an den Verdiensten der Arbeiter, um sich fette Prämien zu verschaffen und sie suchten sich außerdem unangenehmer Kontrolle zu entziehen. Der Sozialistenführer Vandervelde verlangte eine Erklärung, von der Deputierte damit meine, worauf der liberale Deputierte antwortete, er gebe Vandervelde keine Antwort, seitdem er in öffentlicher Kammeritzung die belgischen Missionäre beleidigt hat. Vandervelde nannte darauf Debus de Warnaffe einen Feigling und wollte sich auf ihn stürzen. Der Ministerpräsident hinderte ihn daran, worauf die Rechte eine Barriere bildete, um Vandervelde zu hindern, an den Deputierten heranzukommen. Inzwischen wurde der liberale Deputierte Debus de Warnaffe von den Sozialisten durch die Worte Bengel, Feigling, grüner Zunge beleidigt. Der Präsident unterbrach die Sitzung, die nach einer Stunde wieder eröffnet wurde. Hierauf beantragte der Präsident die Verhängung der Zensur über den Deputierten Vandervelde. Trotz des Widerstands der Liberalen und der Sozialisten wurde die Zensur mit 54 gegen 49 Stimmen über Vandervelde verhängt.

Osaka, 19. Jan. Der Gesundheitszustand der Königin gibt keinen Anlaß zur Beunruhigung. Der Prinzgemahl ist bereits am Dienstag von der Jagd zurückgekehrt, ehe überhaupt ungünstige Gerüchte über die Gesundheit der Königin auftraten.

Madrid, 19. Jan. Der Kriegsminister brachte gestern in der Kammer verschiedene Gesetzesvorlagen ein über die Organisation des Generalstabes, sowie die Effektivstärke der Armee. Der Marineminister unterbreitete eine Vorlage über die Effektivstärke der Marine. Außerdem legte der Kriegsminister dem Senat und der Kammer einen Gesetzentwurf über die Aufstellung von Truppen in den afrikanischen Kolonien vor.

Lissabon, 19. Jan. Anlässlich des Eintreffens des deutschen Kanonenbootes „Panther“ gab der deutsche Gesandte ein Diner, zu welchem außer den Offizieren des „Panther“ auch mehrere portugiesische Minister eingeladen waren. Auch die portugiesische Regierung beabsichtigt, den deutschen Offizieren ein Diner zu geben.

Konstantinopel, 19. Jan. Der Senat beriet gestern in geheimer Sitzung über den Wortlaut der Antwort auf das Reskript des Sultans. Das Gutachten, in dem der Senat dem Sultan sein Reskript bringt, daß er für Auflösung der Kammer sei, wurde dem Sultan gegen 4 Uhr vorgelegt. Am 5 Uhr verließ der Justizminister in der Kammer im Reifein der meisten Minister mit Ausnahme des Großwesirs und in Anwesenheit zahlreicher Deputierter das Auflösungsdekret, in dem gemäß Art. 7 der Verfassung auf den Rat des Senates die Auflösung der Kammer angeordnet und die Neuwahlen

innerhalb dreier Monate erfolgen werden. Einige Deputierte der Opposition riefen: Es lebe die Nation! Ein anderer Deputierter rief: Wir haben unsere Mandate geopfert, um die Verfassung zu retten! Sofort nach Verlesung des Dekretes verließ der Präsident der Kammer den Sitzungssaal. Die Deputierten hörten die Verlesung stehend an und entfielen sich dann ruhig.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 19. Januar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog kehrte gestern abend 6.36 Uhr aus Luxemburg hierher zurück. Später besuchte Seine Königliche Hoheit den ersten Ball bei dem Staatsminister Dr. Freiherrn von Dusch und Gemahlin.

Im Laufe des heutigen Tages hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Finanzministers Dr. Rheinboldt, des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb.

Gestern abend hat bei dem Präsidenten des Staatsministeriums Staatsminister Freiherr von Dusch und Frau von Dusch in den Empfangsräumen des Ministeriums ein Ballfest stattgefunden, das Seine Königliche Hoheit der Großherzog sowie Seine Großherzogliche Hoheit der Prinzessin und Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Max mit Höchstführender Anwesenheit beehrten. Der Ball, zu dem gegen 300 Einladungen ergangen waren, erfreute sich eines lebhaften Besuchs aus allen Kreisen der hiesigen Gesellschaft.

Die höchsten Herrschaften verweilten in huldvoller Unterhaltung mit den Anwesenden bis gegen Schluß des Festes, das einen angeregten Verlauf nahm.

Aufgefundenes Geld. Es wurde aufgefunden: am 8. Juli 1911 auf dem Bahnhof in Heidelberg der Betrag von 10 M.; am 2. Januar auf dem Bahnhof in Appenweier der Betrag von 20 M.; am 6. Januar auf dem Bahnhof in Freiburg der Betrag von 10 M.; am 8. Januar auf dem Bahnhof in Karlsruhe ein Geldbeutel mit 2 M. 37 Pf.; am 12. Januar auf dem Bahnhof in Karlsruhe der Betrag von 2 M. 30 Pf.

Forstheim, 19. Jan. Der Bürgerausschuß wird sich in seiner nächsten Sitzung u. a. auch mit der Anstellung von Lehrern und hiesigen Beamten zu befassen haben. Im Laufe der staatlichen Budgetperiode 1912/13 sollen an der hiesigen Volksschule 22 weitere Hauptlehrerstellen und 3 Sonderlehrtätigkeitsstellen errichtet werden. Gegenwärtig sind an der Volksschule 127 etatmäßige Lehrkräfte vorhanden, während die Gesamtzahl der Lehrkräfte (ohne Hilfslehrer) 182 beträgt. Auch an der Goldschmiede- und der Gewerbelehre müssen bei dem ständigen Anwachsen der Schülerzahl von Zeit zu Zeit weitere etatmäßige Lehrstellen eingerichtet werden. Die Goldschmiedeschule hat gegenwärtig 1881 Schüler gegen 1187 im Jahre 1908. Des Weiteren wird beim Bürgerausschuß beantragt, 40 städt. Beamte endgültig anzustellen. Die Schülerzahl der Gewerbelehre beträgt zurzeit 1371 gegen 1111 im Jahre 1908.

Dürheim, 19. Jan. Im Kinderkoloniat des Badischen Frauenvereins werden auch in diesem Winter die Winterkuren mit großem Erfolg fortgesetzt. Es sind gegenwärtig 80 Kinder im Kinderkoloniat untergebracht. Liebevoller Behandlung, die zur Beseitigung stehender Heilfaktoren, der Aufenthalt in der reinen Schwarzwaldluft, die Spaziergänge und Spiele, alles hilft zusammen zur Gesundung und Kräftigung.

Historischer Tageskalender für Karlsruhe.

20. Januar:

1806 Napoleon trifft hier ein und wird feierlich empfangen.

Aus der Residenz.

Verdigung. In der Friedhofkapelle fand am Donnerstag vormittag die Trauerfeier für den im Alter von 78 Jahren aus dem Leben geschiedenen Geh. Medizinalrat Dr. Dreßler statt. Zu dieser letzten Ehrung hatte sich eine großer Trauerversammlung eingefunden. Unter den Erschienenen befanden sich Graf v. Andlaw als Vertreter der Großherzogin Luise, Freiherr von Radnitz als Vertreter des Prinzen Max, Minister Freiherr von Bodman sowie zahlreiche höhere Staatsbeamte. Die Mitglieder des Vereins Karlsruher Ärzte waren vollzählig erschienen. Nach der Trauerrede des Geistlichen, Hofpredigers Fischer, der ein lebenswahres Bild von dem Entschlafenen in seiner Eigenschaft als Arzt wie als Mensch gab und ehrend seiner Wirksamkeit gedachte, legte an der Bahre Dr. Bongart namens der badischen Ärzteschaft und Professor Dr. Baas für den Verein Karlsruher Ärzte prachtvolle Kränze nieder. Mit kurzem Gebet und Orgelspiel fand die Feier ihren Abschluß. Die irdischen Überreste Dr. Dreßlers wurden darnach in das Krematorium überführt, wo die Einäscherung erfolgte.

Zur Erinnerung an die Kaiserproklamation zu Versailles, bei der bekanntlich Großherzog Friedrich I. das erste Hoch auf Kaiser Wilhelm ausbrachte, wurde am Donnerstag in den höheren Klassen der Mittel- und der Volksschulen am Schluß des Vormittagsunterrichts auf die Bedeutung des 18. Januar 1871 für Deutschlands Einheit, Macht und Größe hingewiesen.

Das Programm für die Kaiserfeier der Bürgerschaft am 26. d. M. in der Festhalle wird nächster Tage veröffentlicht werden. An Stelle des durch Familienfeierlichkeiten verhinderten Herrn Geh. Hofrats Reim hat in freundlicher Weise der Direktor der Humboldt-Schule, Herr Stadtverordneter Geh. Hofrat Edmund Nebmann den Trinkspruch auf den Kaiser übernommen. Den Trinkspruch auf den Großherzog wird Herr Stadtverordneter Oberrevisor Albert Trenkle, den Trinkspruch auf das Vaterland Herr Stadtverordneter Professor Reinhold Gelbing ausbringen. Den musikalischen Teil führt die Kapelle der Feuerwehr der Stadt aus, den gesanglichen, der 130 Mann starke Sängerkorps des Männergesangsvereins „Konfordia“. Großes Interesse dürften voraussichtlich wieder die Darbietun-

gen der Turnvereine erwecken. Die Turngemeinde führt mit 35 Mann Stabübungen und Abungen am hohen Sprungtisch vor, der Männerturnverein „Marinergesellschaft“. Die Feier beginnt um 8 Uhr. Jedermann ist dazu eingeladen. In den Saal und auf die obere Galerie haben nur Herren Zutritt, auf die obere Galerie nur Damen. Da die Galerie nur in beschränktem Umfange besetzt werden kann, werden für den Zutritt dahin Karten ausgegeben. Sie werden den hiesigen Vereinen, die zur Feier zu erscheinen pflegen, behändigt. Der Saal wird ausgeschmückt und festlich beleuchtet werden. Das Belegen von Plätzen ist nicht zugelassen.

Sammeln Sie Wehrschamarten? „Nein, was ist denn das!“ Das sind Wohltätigkeitsmarken, deren Ertrag zur Abwehr der immer stärker werdenden Angriffe auf das Deutschtum im Ausland dient. Sie kosten 2 bis 5 Pfennig (Geller, Kopfen), bringen aber Tausende ein. Denn jedermann, jung und alt, kann einige Pfennige dafür ausgeben, ohne dadurch bedrückt zu werden oder sich auf Jahre hinaus zu binden. Man lebt sie neben die Unterschriften oder auf den Kopf von Briefen und Postkarten, oder auch auf die Briefumschläge als Verschleißmarken und so weiter. Für Postgebrauch sind sie wertlos, die Postfreimarken sind somit wie bisher zu verwenden. Dagegen geben sie der Jugend und jugendlichen Alten Freude und Anregung, sie werden für Sammler wertvoll. Schon gibt es ein Sammelbuch von 108 Seiten, wie für Briefmarken eingerichtet; schon steigen einige Seltenheiten im Preise: z. B. die Marke Königin Luise, 2 Pfennig, Brustbild in Ovalumrahmung, die auf dem vorjährigen Deutschen Abend zu 3 Pfennig verkauft wurde, hat jetzt 30 Pfennig Handelswert, andere sind schon bis zu 50 Pfennig und 1 Mark gestiegen. Dem Hauptzweck „Schutz des Deutschtums im Ausland“ entsprechend, werden am heutigen Deutschen Abend keine derartigen Liebhaber, sondern nur die Vereinspreise verlangt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

J. Berlin, 18. Jan. Die russische Anregung mit Bezug auf den italienisch-türkischen Krieg geht auf die Herbeiführung eines Waffenstillstandes. Die Anregung liegt den Mächten vor und ist, da der Wunsch nach Frieden von ihnen geteilt wird, sympathisch aufgenommen worden. Es handelt sich nun um die Erörterung der Einzelheiten und der Art des Vorgehens. Daß nach dieser Richtung hin schon Erfolge erzielt worden seien, hört man nicht. So lange nicht bei den Kriegführenden die Geneigtheit zur Beendigung des Kampfes erkennbar ist, wird wohl von keiner Seite ein direkter Vorschlag an die Türkei oder Italien gemacht werden.

Paris, 19. Jan. Die Besprechungen über den Zwischenfall mit dem Dampfer „Carthage“ nehmen in Rom ihren Fortgang. Es besteht Grund zu der Annahme, daß der Dampfer unverzüglich freigegeben wird.

Lissabon, 19. Jan. Im Senat erklärt der Minister des Äußeren in Beantwortung einer Interpellation: Die äußere Politik Portugals werde auf der Grundlage des Bündnisses mit England fortgesetzt werden. Die Richtlinien der portugiesischen Kolonialpolitik seien demnach in Übereinstimmung mit diesem Bündnis festgelegt. Die Verhandlungen mit Deutschland über die Abgrenzung des südlichen Angola nähmen den besten Fortgang; dies sei ein Beweis der freundlichen Gesinnung Deutschlands gegen Portugal.

Tripolis, 19. Jan. Eine italienische Truppenabteilung stieß auf dem Marische nach Gargarech auf die Türken. Es entspann sich ein erbitterter Kampf, der den ganzen Tag dauerte. Die Verlustziffern sind noch nicht bekannt.

Verschiedenes.

Paris, 19. Jan. Der am 19. Dezember von Cardiff nach Oran abgegangene und seither vermisste Dampfer „Ville d'Alger“ wird nunmehr als verloren angesehen, da dieser Tage am Strande von Carteret (Departement La Manche) eine Rettungsboje dieses Schiffes aufgefunden wurde. Es scheint kein Zweifel mehr möglich, daß es im Armeekanal untergegangen ist. Die Besatzung bestand aus 26 Mann.

London, 19. Jan. In der Nähe von Aberdeen ist der Dampfer „Winston-Hall“ gestrandet. Das Schiff brach binnen wenigen Minuten in Trümmer. Die 57 Mann starke Besatzung wurde in die Brandung gerissen. Ein Rettungsboot wurde flott gemacht und rettete 4 Mann, die übrigen 53 ertranken vor den Augen der Zuschauer.

Warschau, 18. Jan. Das etwa 20 Kilometer vom Dorfe Verzenin im Walde gelegene Haus des Forstassessors Weinburg wurde in der vergangenen Nacht von einer Räuberbande überfallen. Weinburg, seine Frau, sowie ein anderer Forstbeamter und dessen Frau und drei Kinder, endlich ein zu Besuch weilender Forstassessor, wurden durch Weibliche auf bestialische Weise ermordet und beraubt. Ein einziger Wächter wurde gefesselt gehalten aufgefunden. Die Räuber sind mit reicher Beute unerkannt entkommen.

Mitteilungen aus Kunst und Wissenschaft.

Der Deutsche Künstlerbund hat im Verein mit der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft in München beschlossen, gegen den Ausgang des Wettbewerbes für das Bismarck-Nationaldenkmal öffentlich Protest einzulegen. Den einzelnen Korporationen der bildenden Künstler in Deutschland ist ein Rundschreiben des Ausschusses der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft zugegangen, in dem die Vereine aufgefordert werden, sich dem Protest gegen den Beschluß des Entscheidungsausschusses vom 4. Dezember anzuschließen, wodurch das Projekt von Wilhelm Kreis zur Ausführung bestimmt wurde.

Pierpont Morgan hat, wie in der Pariser Akademie der Inschriften mitgeteilt wurde, die von dem Abbe Hybernat, Professor an der katholischen Universität in Washington, im Jahre 1867 entdeckten koptischen Manuskripte für 1 600 000 M. erworben. Es sind über 50 Manuskripte, Übersetzungen aus der Bibel oder von religiösen Schriften, viele davon mit sorgfältigen Miniaturen geziert und meist gut erhalten. Sie gehören zu einer Klosterbibliothek.

Vergangene Woche weihen Siegfried Wagner, seine Schwester Eva, deren Gatte, der Schriftsteller Chamberlain, sowie Kapellmeister Hans Richter in Nürnberg, um sich vom Philharmonischen Orchester das Vorspiel zu Siegfried Wagners neuer Oper „Siegfried“ vorspielen zu lassen. Der Komponist und die ihm Nahestehenden waren von dem Gehörten sehr befriedigt.

Die Verwaltung von Gottfried Kellers Nachlaß und die Stadtbibliothek in Zürich beabsichtigen eine vollständige Sammlung aller noch vorhandenen, zum Teil weit verstreuten Handschriften und sonstigen Reliquien des Dichters und Malers. Ein Aufruf richtet an alle Besitzer von Kellerschen Manuskripten und Bildern, sowie an die Verleger von Übersetzungen und musikalischen Kompositionen die Bitte, sich mit dem Verwalter von Gottfried Kellers Nachlaß, Dr. Hermann Escher, 1. Bibliothekar der Stadtbibliothek Zürich, in Verbindung zu setzen.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan für die Zeit vom 21. bis mit 29. Januar 1912.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Sonntag, 21. Jan. Abt. B. 33. Ab.-Vorst. „Die Walküre“ in 3 Akten von R. Wagner. Sieglinde: Maria Höllischer a. G. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 11 Uhr.

Montag, 22. Jan. Abt. C. 34. Ab.-Vorst. „Fenthesilea“, Trauerspiel in 3 Akten von Kleist, neue Einrichtung des Karlsruher Hoftheaters. Fenthesilea: Ella Hummel vom Hoftheater in Mannheim a. G. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Dienstag, 23. Jan. Abt. A. 33. Ab.-Vorst. „Das Glöckchen des Eremiten“, komische Oper in 3 Akten von Mailardt. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Donnerstag, 25. Jan. Abt. B. 34. Ab.-Vorst. „Gubrun“, ein Trauerspiel in 5 Akten von Ernst Hardt. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Freitag, 26. Jan. Abt. C. 33. Ab.-Vorst. „Madame Butterfly“, die Tragödie einer Japanerin. In 3 Akten. Musik von Puccini. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr.

Sonntag, 27. Jan. Abt. A. 34. Ab.-Vorst. Festvorstellung zum Geburtstag des Deutschen Kaisers in festlich beleuchtetem Hause. Reueinstudiert: „Regina“, romantisches Schauspiel in 4 Akten von F. A. Wolf, die zur Handlung gehörige Musik von Weber. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Sonntag, 28. Jan. Abt. C. 35. Ab.-Vorst. „Tiefeland“, Musikdrama in einem Vorspiel und 2 Akten von D'Albert. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 9 Uhr.

Montag, 29. Jan. Abt. A. 35. Ab.-Vorst. „Die Wildente“, Schauspiel in 5 Akten von Ibsen. Anfang 7 Uhr, Ende 11 Uhr.

Eintrittspreise: am 21. und 28. Jan. Balkon 1. Abt. 8 M., Sperrsitze 1. Abt. 6 M.; am 22., 26., 27. Jan. Balkon 1. Abt. 6 M., Sperrsitze 1. Abt. 4.50 M.; am 23., 25., 29. Jan. Balkon 1. Abt. 5 M., Sperrsitze 1. Abt. 4 M.

Die bis Freitag den 26. Januar nicht eingelösten Abonnementkarten für das III. Vierteljahr (27./54. Vorstellung) werden am Montag den 29. Januar an den Abonnenten in der Wohnung zugestellt.

Im Theater in Baden.

Mittwoch, 24. Jan. 17. Ab.-Vorst. „Die Jüdin“, große Oper in 5 Akten von Halévy. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe. V.: Nikolaus Miasnikow, Student. — V.: Jaf. Wagner, Maurer. — V.: Aug. Gröbel, Möbeltransporteur. — V.: Albert Strittmatter, Postsekretär. — V.: Bernhard Rastätter IV, Maurer. — Ein Mädchen. V.: Otto Stolzer, Kulturmeister. — V.: Andr. Jomih, Bremser. — V.: E. Molitor, Metzger.

Todesfälle. Ernst, E.: Ernst Scherfling, Steinbauer. — Barbara Armbruster, Ehefrau. — Friederike Bronner, Witwe.

Z.B.f.M.u.H. Schneebeschreibungen. In den letzten Tagen hat sich in den höheren Lagen im Süden des Landes eine dünne Schneedecke gebildet; ihre Höhe hat am Morgen des 18. Januar (Donnerstag) betragen in Furtwangen 2, in Dürheim 1, in Stetten a. L. 3, in Heiligenberg 4, in Bollhaus 3, in Tittensee 4, in Hörschingen 1 und in Kniebis 7 cm. Beim Feldberger-Hof sind 65 cm gelegen.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 19. Januar 1912.

Eine Depression, die gestern über dem Kanal gelegen war und in Westdeutschland Regenfälle verursacht hatte, ist abgezogen, eine neue jedoch im Westen von Irland erschienen; von da nehmen die Barometerstände bis zu einem Hochdruckgebiet zu, das wie bisher über Nordosteuropa lagert. Im größten Teil Deutschlands ist das Wetter bei Temperaturen, die bis zu 17 Grad Celsius unter dem Gefrierpunkt liegen, heiter, nur an der Westgrenze regnet es noch stellenweise; der Frost hat hier auch nachgelassen. Da das Ortsbarometer nicht fällt, so scheint sich die neue Depression nicht weiter binnenwärts ausbreiten zu wollen. Entsprechend der Lage unseres Gebietes am Rand des hohen Druckes ist leicht bewölkt Wetter mit geringem Frost zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 19. Januar, früh:

Lugano Schneefall — 1 Grad, Biarriz wolkenlos 9 Grad, Triest (Vora) bedeckt — 0 Grad, Florenz wolkenlos 5 Grad, Rom bedeckt 7 Grad, Cagliari bedeckt 10 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Relat. Feucht. in Proz.	Wind	Himmel
18. Nachts 9 ⁰⁰ U.	757.2	0.6	3.7	76	NO	bedeckt
19. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	757.5	0.3	3.5	75	„	„
19. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	756.1	3.7	3.5	58	„	heiter

Höchste Temperatur am 18. Januar: 1.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 0.3. Niederschlagsmenge, gemessen am 19. Januar, 7⁰⁰ früh: 0.6 mm

Wasserstand des Rheins am 19. Januar, früh: Schutterinsel 1.60 m, gefallen 5 cm; Rehl 2.54 m, gefallen 10 cm; Maxau 4.22 m, gefallen 11 cm; Mannheim 3.71 m, gefallen 17 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Nehmen Sie

täglich ein Likörgläschen **Dr. Hommel's** Haematogen unmittelbar vor der Hauptmahlzeit! Ihr Appetit wird reger, Ihr Nervensystem erstarbt! die körperlichen Kräfte werden gehoben. Warnung: Man verlange ausdrücklich den Namen **Dr. Hommel**.

J. L. DISTELHORST

:: Hofmöbelfabrik ::
Inh.: Wilh. Distelhorst und Robert Krieg

KARLSRUHE

Waldstr. 30-32, Teleph. 534

PFORZHEIM

Westl. Karl-fr.-Str. 65, Teleph. 386

Gegründet 1865

Werkstätten f. Innenbau u. Wohnungs-Einrichtungen

Bildhauerei — Polster- und Dekorations-Werkstätten

Teppiche · Gardinen · Dekorationen · Antike Möbel

Meine Läger zeigen ständig eine bedeutende Auswahl kompl. Wohnungs-Einrichtungen in einfacher und billiger bis reichster Ausführung

Wohn- u. Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer u. Küche von zus. 2500 Mk. an

Bad Herrenalb

Sanatorium f. Nervenranke, Stoffwechsel- u. Herzranke.
Kurpension f. Rekonvaleszenten u. Erholungsbedürftige.

Zentralheizung, Elektrisch Licht, Prospekte. Dr. Seer.

VIYELLA

Englischer Halbwooll-Körper-Flanell

weich wie Cachemir und in der Wäsche nicht eingehend

Viyella ist der Zukunftsartikel.

Alleinverkauft der echten „Hollins-Viyella“

Himmelheber & Vier

Inhaber: LOUIS VIER, Hoflieferant
Spezial-Wäsche und Betten-Ausstattungs-geschäft
171 Kaiserstr. abel71

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe

Bewässerung und Bereinigung der Rittmatten

Ein genossenschaftliches Kulturunternehmen

Erfahrungen technischer und wirtschaftlicher Natur

W. Schneider, Kulturmeister
Freiburg i. Br. V77.
Preis M 1.60

Denkbar intensivste Gestaltung des landwirtschaftlichen Betriebes überhaupt und des Futterbaues im besonderen, ist eine gebieterische Forderung unserer Zeit. Wiesenmeliorationen jeder Art als Mittel der Ertragssteigerung beanspruchen daher — zumal in diesem Jahre der Futternot — besondere Interesse.
Der vielseitige Inhalt dieser Schrift wird nicht nur dem Landwirt und Kulturtechniker, sondern auch dem Verwaltungs- und Gemeindebeamten eine Fülle praktischer Anregungen bieten.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstücke: Gemarkung Karlsruhe:
1. Lgb. Nr. 5129: 70 a 88 qm Gebäuden, Stöfferstraße 19.
Auf dem Grundstück steht eine vollständig eingerichtete Malsfabrik mit elektrischem Betrieb.
2. Lgb. Nr. 5129a: 4 a 46 qm Baugelände an der Stöfferstr.
3. Lgb. Nr. 5129b: 2 a 82 qm Baugelände an der Stöfferstr.
4. Lgb. Nr. 5129c: 5 a 17 qm Baugelände an der Stöfferstr.
Eigentümer: Fabrikant Wilhelm Barth u. Apotheker Werner Barth in Karlsruhe.
Schätzung: 170 000 M. + 5400 M. + 4300 M. + 6200 M.
Versteigerungstermin: Montag, den 29. Januar 1912, vormittags halb 10 Uhr, im Notariatsgebäude Adlerstraße 25.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. S. 984.2
Karlsruhe, den 8. Dezember 1911.
Großh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe: Lgb. Nr. 6345: 9 a 92 qm mit Gebäuden, Durlacher Allee 45. In dem Anwesen wird eine Wäderei betrieben.
Eigentümer: Wäder Friedrich Gramlich Eheleute in Karlsruhe.
Schätzung: 88 000 Mark.
Versteigerungstermin: Freitag den 8. März 1912, vormittags halb 10 Uhr, im Notariatsgebäude, Adlerstraße 25.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.
Karlsruhe, 18. Januar 1912.
Großh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Die auf Mittwoch, 24. Januar, bestimmte Zwangsversteigerung des Grundstücks Lgb. Nr. 5184 b (Maraubehofstr. 42) des Maschinenkontrollieurs Albert Kohlbeder in Büsch findet nicht statt.
Karlsruhe, den 18. Januar 1912.
Großh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.

Fenster - Briefumschläge

für Justizgefälle

in vorschriftsmäßiger Größe und genauer Stellung des Fensters liefern das Tausend zu Mk. 5.40 bei freier Verpackung

GEBR. LEICHTLIN, Karlsruhe

Großes Lager Die empfohlenen 3 Sorten Durchschreibefedern sind vorrätig.

Patente

Anmeldung, Verwertung
Ingenieurbüro I. Int. Patentsachen
Villingen, Friedrichstr. 18, Teleph. 159.

Dienstweisung

für 1912
Steinbecker
Ausgabe
Preis pro Stück 30 Pfg.
Zu beziehen vom
Verlag der
G. Braunsche Hofbuchdruckerei
Karlsruhe 12.

Geltene Gelegenheit.

Verkaufe mein altes Geschäft am verkehrsreichsten Platze bei Freiburg i. Br. Für kleine Fabrik, Autogeschäft, Mechanik, Schlosserei und Schmiederei sehr geeignet, weil absolut konkurrenzlos.
Offerten unter B. 934 an die Expedition dieses Blattes.

Bürgerliche Hauptpflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
L. 469.2 Karlsruhe. Die Firma Rosenberg & Co. in Karlsruhe, Wilhelmstraße 57, Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Richard Haas, hier, klagt gegen den Vitz Karl Krüger und dessen Ehefrau, früher in Karlsruhe, unter der Behauptung, daß ihr die Beklagten aus unerlaubter Handlung den Betrag von 42 M. 20 Pf. nebst 4 % Zinsen daraus seit dem Klagezustellungstag samtverbindlich haftbar schuldig geworden seien, mit dem Antrage auf Verurteilung zur Zahlung der genannten Beträge und der Kosten unter samtverbindlicher Haftbarkeit.
Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der beklagte Ehemann vor das Großh. Amtsgericht in Karlsruhe, Akademiestraße 2, 1. Stod. Zimmer 8, auf Dienstag, 27. Februar 1912, vormittags 9 Uhr, geladen.
Karlsruhe, 15. Jan. 1912.
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts A 6.

Aufgebot.
L. 493.2 Pforzheim. Der Prokurist Immanuel Mann hier hat als Nachlassverwalter des am 10. September 1912 in Pforzheim verstorbenen Kaufmanns Louis Rudolf Seiz hier das Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Ausschließung von Nachlassgläubigern beantragt.
Die Nachlassgläubiger werden daher aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlass des verstorbenen Louis Rudolf Seiz spätestens in dem auf
Samstag, 11. Mai 1912, vormittags 9 Uhr,

Patente

vor dem Großh. Amtsgericht, Zimmer Nr. 19, anberaumten Aufgebotsstermine bei diesem Gericht anzumelden.
Die Anmeldung hat die Angabe des Gegenstandes u. des Grundes der Forderung zu enthalten. Unkundliche Beweisstücke sind in Abschrift oder in Abschrift beizufügen.
Die Nachlassgläubiger, welche sich nicht melden, können, unbeschadet des Rechtes, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden, von den Erben nur insoweit Befriedigung verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuß ergibt. Auch haftet ihnen jeder Erbe nach der Teilung des Nachlasses nur für den seinen Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit.
Für die Gläubiger aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen sowie für die Gläubiger, denen die Erben unbeschränkt haften, tritt, wenn sie sich nicht melden, nur der Rechtsnachteil ein, daß jeder Erbe ihnen nach der Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit haftet.
Pforzheim, 12. Jan. 1912.
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts A IV.

L. 522.2 Freiburg. In dem Konkurs-Verfahren über das Vermögen des Kaufmanns Jakob Walde hier ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf
15. Februar 1912, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Hofmarktplatz Nr. 6, 2. Stod. Zimmer Nr. 6, Freiburg, 15. Jan. 1912.
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts 4.

b. Freiwillige Gerichtsbarkeit.

L. 492.2 Bonndorf. Die Zimmermann Paul Walde Ehefrau Monika geb. Hug in Stenkingen hat beantragt, den verschollenen Karl Hug, geb. 16. April 1872, zuletzt wohnhaft in Stenkingen, für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf
Donnerstag, 31. Oktbr. 1912, vormittags 11 Uhr, vor dem Gericht Bonndorf anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens in dem Aufgebotsstermine dem Gerichte Anzeige zu machen.
Bonndorf, 12. Jan. 1912.
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Strafrechtsplene.

L. 455.2 Karlsruhe. 1. Hartmann, Jakob, geboren am 5. Juli 1887 in

Beingarten, zuletzt wohnhaft in Karlsruhe,
2. Breier, Karl, geboren am 19. August 1888 in Grötzingen, zuletzt wohnhaft daselbst,
3. Dehm, Hermann, Missionsschüler, geboren am 14. Juni 1887 in Köllingen, zuletzt wohnhaft daselbst,
4. Eichersheimer, Max, Kaufmann, geboren am 5. Oktober 1889 in Jillingen, zuletzt wohnhaft in Karlsruhe,
5. Schumacher, Hermann Johannes Paul, geboren am 9. Jan. 1889 in Hagen i. B., zuletzt wohnhaft in Baden,
6. Schallwig, Karl, geboren am 2. August 1889 in Baden, zuletzt wohnhaft daselbst,
7. Schäffel, Georg Adam, geboren am 19. Mai 1889 in Oos, zuletzt wohnhaft daselbst,
8. Gantter, Ludwig Hermann, Wäder, geboren am 14. Juni 1888 in Baden, zuletzt wohnhaft daselbst,
9. Duschstein, Hans Walde-mar, Kellner, geboren am 9. August 1888 in Magdeburg, zuletzt wohnhaft in Baden,
10. Gottmann, Ernst Aloisius, geboren am 28. Februar 1889 in Waldhausen, zuletzt wohnhaft in Stettfeld,
11. Willauer, Alfons, Schreiner, geboren am 22. August 1887 in Ehingen, Amis Engen, zuletzt wohnhaft in Dürmersheim,
12. Johanning, Wilhelm, Kaufmann, geboren am 6. Dezember 1888 in Dortmund, zuletzt wohnhaft in Baden,
13. Baumgärtner, Max, geboren am 8. März 1888 in Karlsruhe, zuletzt wohnhaft daselbst,
14. Feininger, Leopold, Fuhrmann, geboren am 4. Juli 1888 in Karlsruhe-Küppel, zuletzt wohnhaft daselbst,
15. Ripp, Viktor Johann Franz, Uhrmacher, geboren am 24. Januar 1888 in Riga (Rußland), zuletzt wohnhaft daselbst, werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis des Bundesgebietes verlassen oder nach erreichte militärpflichtigem Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben, Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 Str. G. B. Die Angeklagten werden auf
Donnerstag, 22. Febr. 1912, vormittags 9 Uhr, vor die Strafkammer, Großh. Landgerichts Karlsruhe, Stefanienstraße 1 a, 2. Stod. zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden sie auf Grund der nach § 472 Str. G. B. von den Herrn Zivilvorstehenden der Erstkammern Durlach, Eppingen, Hagen i. B.,

Baden - Baden, Magdeburg, Buchen, Engen, Dortmund u. Karlsruhe über die der Anklage zugrunde liegenden Tatsachen aufgestellten Erklärungen beurteilt werden.
Karlsruhe, 9. Jan. 1912.
Staatsanwalt II.

Per hiedene Bekanntmachungen.

Auf 1. März d. J. ist bei dem unterzeichneten Grundbuchamt eine

Gehilfenstelle

zu besetzen. B. 970 Bewerber, die im Expedieren durchaus bewandert sind und eine schöne Handschrift haben, wollen sich bis spätestens den 26. d. Mts. unter Vorlage von Zeugnissen und Angabe ihrer Gehaltsansprüche melden.
Pforzheim, 13. Jan. 1912.
Grundbuchamt:
Glanzmann.

Bei diesseitigem Amte ist eine

Ranzleinhilfenstelle

mit der üblichen Vergütung auf 1. Februar 1912 zu besetzen. Bewerbungen wollen bis 25. ds. Mts. dahier eingereicht werden.
Stodach, 18. Jan. 1912.
Großh. Bezirksamt.
Dr. Pfaff.

Die Lieferung des Bedarfs an Badwaren, Kolonialwaren, Ritzwaren, grünen Gemüsen, Milch, Bier, Selterswasser, Himbeersaft, Eis und Soda für die Zeit vom 1. April 1912 bis 31. März 1913 soll öffentlich verhandelt werden. Hierzu ist Termin auf Dienstag den 30. Januar 1912, vormittags 10 Uhr, im Geschäfts-zimmer des Garnison-ärztlichen Kriegstraktes 103 anberaumt, wofür auch die Lieferungsbedingungen zur Einsicht auf-liegen. B. 966.2.1

Papierholzfubmission des Großh. Forstamtes Neustadt i. Schwarzw. am Mittwoch den 31. Januar 1912. Verkauf auf dem Stod. überweisungsstermin: 15. Mai 1912. Fichtenholz, entrinde etwa 540 Ster I. Kl. Nollen (Los 1), 830 Ster Fichten II. Kl. (Los 2) und 80 Ster Fichten III. Kl., unentrinde (Los 3). Auszüge durch das Forstamt. L. 529.

Wasserversorgung

Zaisenhäufen

Station der Bahn Karlsruhe-Eppingen.
Die Gemeinde Zaisenhäufen vergibt im öffentlichen Angebotsverfahren folgende Arbeiten:
L. 528
1. Erd- und Eisenerarbeiten, rund 4000 m zu u. Ortsleitung in Eisenröhren von 40 bis 175 mm Nennweite mit den nötigen Abgängen, Teillagern, Schiebern und Hydranten.
2. Erd- und Zementarbeiten für den Quellschacht und den Hochbehälter mit 130 cbm Kubraum.
Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift „Wasserleitung“ versehen, bis längstens Donnerstag den 8. Februar, vormittags 12 Uhr, auf dem Rathaus in Zaisenhäufen portofrei einzureichen, wo sie eröffnet werden.
Angebotsverzeichnisse können gegen portofreie Einsendung von 1 M. (Los 1) und 1 M. für 2) vom Bürgermeisteramt Zaisenhäufen bezogen werden, wo auch die Pläne aufliegen.
Karlsruhe, 17. Jan. 1912.
Großh. Kulturspektion.